

STRATEGIEPAPIER

„Was heißt hier Transformation?“ – Acht Impulse zur Transformationspolitik in Rheinland-Pfalz

Stand: 06.09.2022

1. Das Transformationsjahrzehnt im 21. Jahrhundert

Die Wirtschaft steht – nicht nur in Rheinland-Pfalz – im 3. Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts vor einem grundlegenden Wandel. Dieser hat schon lange vor Putins Angriffskrieg auf die Ukraine begonnen. Der Kampf gegen den Klimawandel und die Notwendigkeit, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, haben tiefgreifende Auswirkungen auf die Wertschöpfungskette und die Produktionsprozesse, während die Belange der Unternehmen und der Beschäftigten mit der zunehmend digitalisierten und flexiblen Arbeitswelt in Einklang gebracht werden müssen.

Die Haupttreiber der Transformation sind die drei D – Dekarbonisierung, Digitalisierung und Demografischer Wandel. Im Zentrum künftigen Unternehmenserfolgs stehen Nachhaltigkeit im Sinne eines schonenderen Umgangs mit Ressourcen und eine daten- und technologieorientierte Innovationsfähigkeit. Für den Wirtschaftsstandort und die Beschäftigten in Rheinland-Pfalz gilt es daher Lösungen zu finden, die den technologischen Wandel und die Prinzipien guter Arbeit mit den Herausforderungen des Transformationsjahrzehnts vereinen.

Neben der Klimaveränderung haben zwei große Krisen den Transformationsprozess zusätzlich beschleunigt: Die Corona-Pandemie sorgte für einen Digitalisierungsschub und der Angriffskrieg auf die Ukraine führte zu einer enormen Dringlichkeit beim Ausbau der regenerativen Energien. Fachkräftemangel, gestörte Lieferketten, Rohstoff- und Energiemangel, Degression, Inflation und Wohlstandsverluste breiter Bevölkerungsschichten gehören zu den unabsehbaren weiteren Folgen von Krieg und Pandemie. Die Flutkatastrophe im Ahrtal im Juli 2021 hat das Land Rheinland-Pfalz zusätzlich vor gewaltige Herausforderungen gestellt.

Die Koalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP hat sich in ihrem „**Zukunftsvertrag Rheinland-Pfalz**“ dazu verpflichtet, die Wirtschaft auf dem Weg zur Klimaneutralität zu unterstützen und die Instrumente der Innovations- und Technologiepolitik des Landes weiter auszubauen. Als exportorientiertes Bundesland wird die Wettbewerbsfähigkeit rheinland-

pfälzischer Unternehmen in hohem Maße durch deren Innovationskraft bestimmt. Neben dem Transformationsrat, der bereits im Januar 2020 einberufen wurde, sollen vor allem eine ans Wirtschaftsministerium angebundene Innovationsagentur und eine dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung unterstellte Transformationsagentur als Anlaufstelle, Impulsgeber, Umsetzungs- und Unterstützungsorgane fungieren. Eine zukunftsfähige Transformation der rheinland-pfälzischen Wirtschaft verlangt mehr denn je, dass Wirtschaft, Umwelt und Arbeit zusammengedacht werden. Dies geschieht auch im Transformationsrat der Landesregierung, in dem strategisch-politische Absprachen zwischen Landesregierung, Gewerkschaften, Unternehmen und Bundesagentur für Arbeit getroffen und operative Maßnahmen verabredet werden.

2. Die Transformationsreise der SPD-Landtagsfraktion

Im Verlauf des letzten Jahres (zwischen Juli 2021 und Juli 2022) hat der Arbeitskreis Wirtschaft und Verkehr der SPD-Landtagsfraktion insgesamt 20 rheinland-pfälzische Unternehmen unterschiedlicher Größe und Branchen besucht.¹ Der Arbeitskreis wurde dabei zum Teil von der Fraktionsvorsitzenden, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, MdL, zum Teil von Mitgliedern des Arbeitskreises Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation begleitet. Die Besuche umfassten unter anderem die Branchen Chemie, Fahrzeugbau, Fahrzeugteile, Papier-, Glas-, Keramik- und Metallerzeugung, Energieversorgung sowie Handel und Versicherungen. Der Schwerpunkt lag dabei auf Großunternehmen des produzierenden Gewerbes. Es wurde dabei Wert darauf gelegt, immer auch Gespräche mit dem Betriebsrat zu führen, um auch die Arbeitnehmer:innen-Perspektive miteinzubeziehen.

Rund die Hälfte der Besuche fand dabei vor dem Angriffskrieg auf die Ukraine statt. Die Ergebnisse sind dadurch aber nicht weniger relevant.

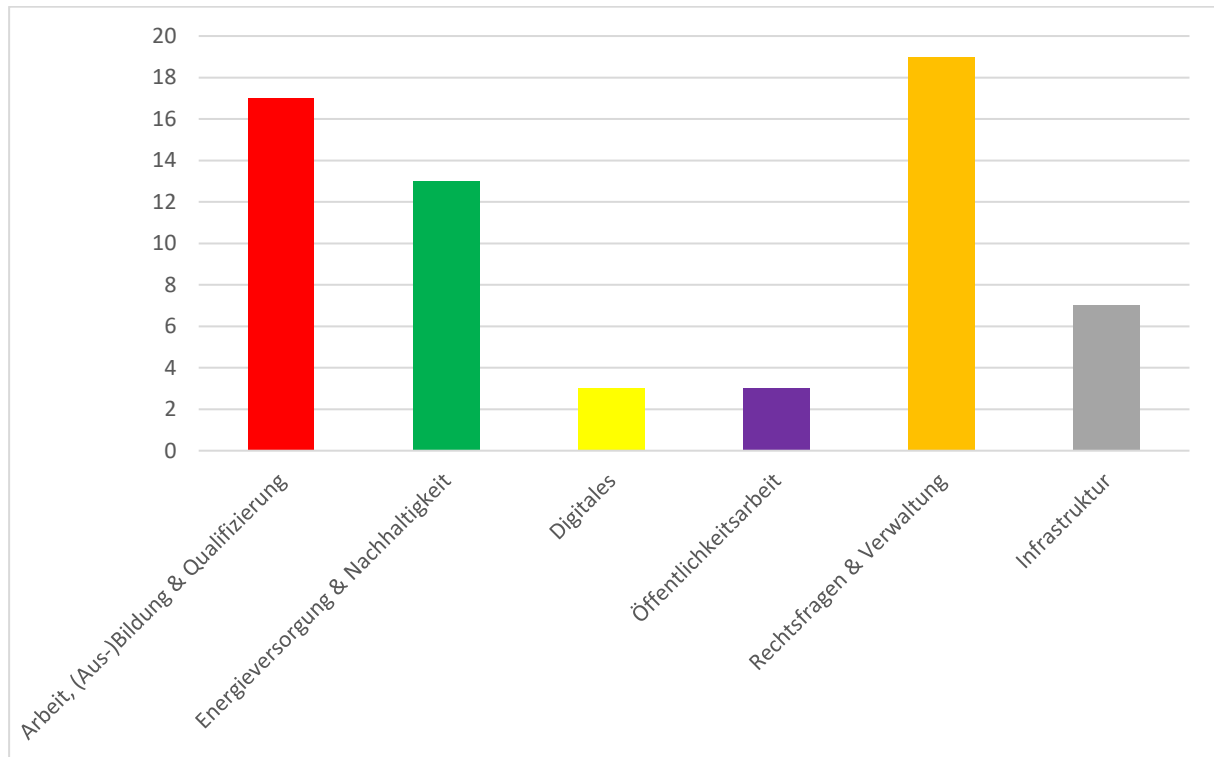
Im Zentrum der Besuchsreihe stand die Frage, was für die rheinland-pfälzischen Unternehmen „Transformation“ konkret bedeutet, wo für sie die größten Herausforderungen liegen und an welcher Stelle sie sich politische Unterstützung wünschen. Ziel war es, einen möglichst umfassenden Überblick über die Möglichkeiten, aber auch Herausforderungen der Transformation für die Unternehmen in Rheinland-Pfalz zu erhalten. Die Ergebnisse der Besuche wurden systematisch dokumentiert und ausgewertet.

Dabei wurden insgesamt 55 Wünsche und Forderungen an die SPD-Landtagsfraktion herangetragen, die entlang der sechs Kategorien „Arbeit, (Aus)Bildung & Qualifizierung“, „Energieversorgung & Nachhaltigkeit“, „Digitalisierung“, „Rechtsfragen & Verwaltung“,

¹ Besucht wurden die Unternehmen ZF, Novelis, Stabilus, Canyon, EVM, Amazon, Kimberley-Clark, Deloro, Debeka (alle Koblenz), ProNes (Landau), BASF (Ludwigshafen), Hornbach (Bornheim), Juwi (Sulzheim, per Videokonferenz), Boehringer (Ingelheim), HegerFerrit (Sembach), Daimler Trucks (Wörth), JuWö (Wöllstein), EWR (Worms, per Videokonferenz), Rasselstein (Andernach) und Schott AG (Mainz).

„Öffentlichkeitsarbeit“ und „Infrastruktur“ gruppiert wurden, wobei sich im Einzelfall Überschneidungen nicht vermeiden ließen.²

Abbildung 1: Politische Forderungen und Wünsche



3. Herausforderungen und Möglichkeiten der Transformation in Rheinland-Pfalz

So unterschiedlich wie die in Rheinland-Pfalz vertretenen Branchen, so unterschiedlich sind auch die jeweiligen Transformationssituationen der Unternehmen. Die Automobilindustrie, die zweitwichtigste Branche bezogen auf Umsatz und Beschäftigung in Rheinland-Pfalz, ist vor allem von der Mobilitätswende und der Dekarbonisierung des Verkehrssektors betroffen. Innovationsfähigkeit und eine frühzeitige Anpassung des Produktangebots im Bereich alternativer Antriebstechniken und automatisierten Fahrens sind hier essentiell.

Bei anderen Industriebetrieben, beispielsweise der Papier-, Chemie- oder Metallproduktion, stehen hingegen große Investitionsentscheidungen im Rahmen des Dekarbonisierungsprozesses im Vordergrund. Diese müssen nicht nur für die kommenden Jahre, sondern Jahrzehnte getroffen werden und stellen daher ein besonderes Geschäfts- und Unternehmensrisiko dar. Zusammen mit Handels- und Dienstleistungsunternehmen, die mit dem Aufbau digitaler Dienstleistungen ebenfalls vor großen Investitionsentscheidungen stehen, sind damit hohe unternehmerische Risiken verbunden. Angesichts des starken internationalen Wettbewerbs und Kostendrucks

² Zur besseren Systematisierung wurde eine Forderung jedoch immer nur einer Gruppe zugewiesen.

wünschen sich viele Unternehmen daher klare Vorgaben der Politik zur Vermeidung von Fehlinvestitionen.

Alle besuchten Unternehmen haben erkannt, dass mit der Umstellung auf nachhaltige Produktionsprozesse nicht nur Kosten, sondern auch Chancen, beispielsweise durch neue Produkte, verbunden sind. Bereits jetzt arbeiten zahlreiche Unternehmen CO₂-neutral, indem sie Strom aus Erneuerbaren Energien nutzen oder CO₂-Zertifikate beziehen, bzw. haben angekündigt, ihre Produktion in den kommenden Jahren CO₂-neutral umzustellen. Vor diesem Hintergrund stehen im Zentrum der politischen Forderungen und Wünsche vor allem der Abbau bestehender bürokratischer Hürden, zum Beispiel beim Bau und der Genehmigung von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien, sowie Rechtsfragen bei der Arbeitsplatzgestaltung, zusammen mit Herausforderungen im Bereich des Facharbeitermangels und der Weiterqualifikation sowie der Energieversorgung und der nachhaltigen Umgestaltung der Produktionsprozesse.

ACHT IMPULSE ZUR TRANSFORMATIONSPOLITIK

1. DEKARBONISIERUNG UND ENERGIEVERSORGUNG

Alle besuchten Unternehmen der Transformationsreise haben sich zur Dekarbonisierung ihrer Produktionsprozesse verpflichtet und zum Teil bereits auf den Bezug oder die Eigenproduktion erneuerbarer Energien umgestellt. Über die Notwendigkeit der Dekarbonisierung von Produktion und Transport herrscht keinerlei Dissenz mehr in der rheinland-pfälzischen Unternehmerschaft – dies ist noch eine relativ neue historische Situation.

Unternehmen aus dem produzierenden Gewerbe, und hier vor allem die Metall- und Chemieindustrie, sind jedoch auf absehbare Zeit weiterhin vom Bezug von Erdgas abhängig – gerade auch für die stoffliche Verwendung. Für die Industrie muss daher auch in Zukunft Energie über die Gasnetzinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden, da eine ausschließliche Abdeckung der Energieversorgung über das Stromnetz nicht möglich ist.

Auf dem Weg zur CO₂-Neutralität benötigen die Unternehmen daher eine **Versorgung mit regenerativ erzeugtem Biogas, klimaneutralem synthetischem Erdgas aus Power-to-Gas-Anlagen oder mit klimaneutral erzeugtem Wasserstoff**, die bereits heute in kleinen Anteilen über die Gasnetzinfrastruktur transportiert werden können (bei Wasserstoff bis zu 10 Prozent). Hier gilt es jedoch, die geltenden Regelwerke auszubauen, sodass **höhere Beimischungsquoten** möglich sind und einen Regulierungsrahmen zu schaffen, der den **Erhalt, Aus- und Umbau der bestehenden Gasnetze** und die vermehrte Einspeisung von erneuerbaren und dekarbonisierten Gasen zum Ziel hat. Ziel muss es sein, die **Gasinfrastruktur schrittweise auf den Wasserstoffbetrieb umzustellen**,

so dass Wasserstoff aus regenerativen Energiequellen über Gasnetze transportiert und auch industriellen Abnehmern in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden kann.

Im Zuge des Kriegs in der Ukraine besteht große Sorge vor weiter rasant steigenden Energiepreisen. Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt die Entscheidung der Bundesregierung, auf Basis des befristeten Krisenrahmens der Europäischen Kommission die kurzfristige Liquidität der betroffenen Unternehmen mit zinsgünstigen Krediten sicherzustellen, genauso wie alle weiteren Bemühungen zur Drosselung des Gaspreises. Um langfristig stabile und sichere Rahmenbedingungen für die energieintensive Industrie von Rheinland-Pfalz und Deutschland zu schaffen, benötigt die Industrie jedoch einen **wettbewerbsfähigen Industriestrompreis**, zum Beispiel in Form eines europäischen Industriestromtarifs. Die Wirkung der Abschaffung der EEG-Umlage ist angesichts der folgenden Preissprünge leider inzwischen nahezu in Vergessenheit geraten.

2. DIGITALISIERUNG

Die Digitalisierung der Wirtschaft ist in vollem Gange, und die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung noch einmal beschleunigt. Unternehmen, die bereits einen hohen Digitalisierungsgrad aufwiesen, konnten auf einen zusätzlichen Standortvorteil setzen. Rheinland-Pfalz ist dabei Treiber dieser Entwicklung: Mit seiner Digital- und Gigabit-Strategie, der international führenden Forschung im Bereich der Künstlichen Intelligenz und der Kompetenz im Bereich Industrie 4.0, zum Beispiel durch die Smart Factory in Kaiserslautern, nimmt das Land eine Vorreiterrolle in diesen industriepolitisch so entscheidenden Technologiebereichen ein. Das Förderprogramm „**Digiboost**“ war dabei ein wichtiger Impuls für kleine und mittlere Unternehmen in Rheinland-Pfalz, mit Hilfe von Zuschüssen die Digitalisierung im Unternehmen voranzutreiben. Bis zum 1. März 2022 konnten so bei fast 5.000 Anträgen über 52 Millionen Euro an Fördergeldern bewilligt werden.

Eine hohe Zufriedenheit mit der rheinland-pfälzischen Digitalisierungspolitik zeigte sich auch in den Gesprächen und in der geringen Zahl von Anregungen in diesem Bereich (nur drei Prozent). Trotzdem muss es das Ziel bleiben, die guten Rahmenbedingungen weiter zu verbessern, zum Beispiel durch **Steuererleichterungen für Investitionen in digitale Infrastruktur**. Unterstützungsbedarf gibt es auch bei der IT-Sicherheit: Gezielte Cyberangriffe sind eine mächtige Waffe und bedrohen Privatpersonen, Unternehmen und Staat gleichermaßen. So kann durch die Verschlüsselung oder den öffentlichen Verkauf von sensiblen Firmendaten schnell ein Millionenschaden verursacht werden. Um Unternehmen vor derartigen Cyberangriffen zu schützen, wären zusätzliche **Fördermöglichkeiten für IT-Sicherheit** hilfreich.

3. BERUFLICHE QUALIFIZIERUNG

Die Konjunkturumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags im Frühsommer 2022 zeigt, dass, nach den Energie- und Rohstoffkosten, der Fachkräftemangel als zweitgrößtes Geschäftsrisiko eingeschätzt wird. Entsprechend erwarten die Unternehmen in Rheinland-Pfalz auch in Zukunft eine **Fortschreibung der Fachkräftestrategie** der Landesregierung. Die demographische Entwicklung in Rheinland-Pfalz – und insgesamt in Deutschland – macht zudem deutlich, dass eine Reduzierung des Fachkräftemangels eine **Zuwanderung** aus anderen Staaten benötigt. Insbesondere die Stärkung der dualen Berufsausbildung, beispielsweise durch **weitere Angebote im Bereich der außerschulischen Berufsorientierung**, als auch eine **vereinfachte Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen**, sind daher Kernanliegen rheinland-pfälzischer Unternehmen.

Transparente und gut miteinander verkoppelte Verfahren, insbesondere bei der Anwendung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (FEG) spielen in diesem Kontext eine herausragende Rolle. Informationen zu Nutzung und Ausgestaltung der neuen Instrumente sowie insbesondere hinsichtlich der Zeithorizonte der Verfahren sind insbesondere seitens kleiner und mittlerer Unternehmen häufig noch nicht ausreichend bekannt. So muss das FEG als wirkungsvolles Instrument vor allem der mittelfristigen Fachkräftesicherung noch besser in seinen Details bekannt und durch die Unternehmen genutzt werden.

Da sich bestehende Berufsbilder verändern und teilweise zugunsten neuer Anforderungen auflösen werden, sind **Aus- und Weiterbildung** ebenfalls von zentraler Bedeutung, um das Fachkräftepotenzial in Rheinland-Pfalz und die Innovationsfähigkeit von Unternehmen zu sichern. **Berufsschulen und überbetriebliche Bildungsstätten müssen daher entsprechend ausgestattet** und die Kompetenzentwicklung der Lehrenden in den Bereichen Prozessdigitalisierung, digitale Produktion sowie Medienproduktion und Mediendidaktik ausgebaut werden, wie es im Rahmen der Schaffung **Digitaler Lernzentren** bereits begonnen wurde.

Die Transformationsagentur unterstützt bei der passgenauen Weiterbildung von Beschäftigten im Betrieb – dazu gehören auch gering Qualifizierte.

Eine **systematische Beratung von Studierenden**, die erst an der Hochschule merken, dass eine Berufsausbildung für sie der richtige Weg ist, kann die duale Ausbildung zusätzlich stärken.

4. ARBEITSRECHT

Die Corona-Pandemie hat den digitalen Wandel in der Arbeitswelt noch einmal verstärkt. Viele Arbeitsplätze kennen keine definierten Orte mehr, feste Arbeitszeiten sind in manchen Branchen ein Auslaufmodell. Aus dieser Entwicklung ergeben sich jedoch auch zentrale Herausforderungen an das klassische Arbeitsrecht. So gilt auch im Homeoffice und beim mobilen Arbeiten bspw. das

Arbeitszeitgesetz (ArbZG), das heißt, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen auch hier die Regelungen zu Höchstarbeitszeit, Ruhepausen und Ruhezeiten sowie das Sonn- und Feiertagsverbot einhalten und der Arbeitgeber bleibt für die Einhaltung dieser Schutzvorschriften verantwortlich. **Das Arbeitsrecht muss mit den Entwicklungen von „New Work“ Schritt halten und entsprechend angepasst werden**, auch was den Arbeitsschutz betrifft.

Gleichzeitig gilt, dass auch in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt die Gewerkschaften klassische Instrumente der Mitgliedergewinnung und der Kontakt- und Informationsmöglichkeiten benötigen, die in Art. 9 Abs. 3 des Grundgesetzes verankert sind. Die veränderten Arbeitsabläufe und flexiblen Arbeitsmodelle machen in Zukunft jedoch **Regelungen zur hybriden oder digitalen Mitbestimmung** notwendig, zum Beispiel in Form eines **digitalen Zugangsrechts der Gewerkschaften zum Betrieb** oder auch digitalen Betriebsratswahlen, zu deren Erprobung sich die Ampel-Koalition auf Bundesebene entschieden hat. Dazu gehört auch, dass die **Flucht in europäische Aktiengesellschaften (SE)** zur Umgehung und Aushebelung der Unternehmensmitbestimmung **beendet** werden muss.

Arbeit partizipativ in den Betrieben gestalten: Gerade in Zeiten einer sich transformierenden Wirtschafts- und Arbeitswelt ist es wichtig, dass sich rapide verändernde Arbeitsprozesse bzw. die Implementierung neuer Techniken mit und nicht gegen die Beschäftigten vollziehen. Nur so wird die notwendige Akzeptanz erreicht, die auch im Interesse der Betriebe ist.

5. BILDUNG UND WISSENSCHAFT

Im Wettbewerb um hochspezialisierte Fachkräfte muss Rheinland-Pfalz sein bestehendes Profil als leistungsstarker, innovativer und attraktiver Standort weiter schärfen. Dazu gehört der Ausbau der MINT-Strategie des Landes, um die Ingenieur- und IT-Wissenschaften zu stärken und die Fachkräftegewinnung im eigenen Land zu fördern, als auch eine Stärkung der Medienkompetenz und der Informatik in der Schulbildung. Die Einrichtung von insgesamt 21 **Informatik-Profil-Schulen (IPS)** in Rheinland-Pfalz, in denen ab Klassenstufe 5 durchgängig bis zum Ende der Sekundarstufe I Informatikunterricht angeboten wird, ist daher ein wichtiger Schritt zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts.

Gute Transformationsbedingungen in Rheinland-Pfalz bestehen darüber hinaus in der hervorragenden Vernetzung von Unternehmen, Hochschulen und Forschungsinstituten, in denen sich wichtige, für die Transformation entscheidende Kompetenzen verbinden: Ob batterieelektrischer Antrieb, Brennstoffzellenforschung, Biotechnologie oder KI-Forschung, der Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz nimmt im Wettlauf um die besten Lösungen und Ideen einen Spitzenplatz ein. Durch weitere und vertiefte **Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen**, einer **Stärkung der Natur- und Ingenieurwissenschaften** und der **Einrichtung**

zusätzlicher, spezialisierter Bachelor- und Masterstudiengänge kann die Fachkräftegewinnung und -sicherung in Rheinland-Pfalz weiter vorangetrieben werden.

Beschäftigte brauchen angesichts der umfassenden Veränderungsprozesse unserer Tage Unterstützung dabei, ihre „persönlichen Transformationsprozesse“ erfolgreich zu gestalten und in diesem Sinne die Chancen der Transformation auch für sich nutzen können. Angebote des Landes, wie die Transformationsagentur und angedockt diverse Förderansätze wie „Qualischeck“, „Betriebliche Weiterbildung“ oder „Unterstützung von Transformationsprozessen“, unterstützen hier bereits gezielt und sind zu begrüßen.

Auch im Sinne der Unternehmen gilt der Grundsatz: Niemanden zurücklassen. Es gibt Menschen, die bereits angesichts der Transformation Gefahr laufen, abgehängt zu werden. Sie müssen wir jetzt besonders im Blick haben. Passgenaue Angebote – etwa zur digitalen Grundbildung – sind daher besonders wichtig und müssen die aktive Arbeitsmarktpolitik des Landes auch in Zeiten niedriger Arbeitslosigkeit weiterhin begleiten.

6. RECHT UND BÜROKRATIEABBAU

Die häufigste, von den Unternehmen während der Transformationsreise der SPD-Landtagsfraktion genannte Kategorie politischer Forderungen betraf den Bereich Rechtsfragen und Verwaltung. Um die abstrakten und komplexen Veränderungsprozesse greifbar zu machen und Unternehmen konkrete Handlungs- und Gestaltungsoptionen aufzuzeigen, hat das Land Rheinland-Pfalz erst im Frühjahr 2022 eine Transformationsagentur eingerichtet. Diese knüpft an eine der zentralen Forderungen der Unternehmen in Rheinland-Pfalz an, eine Lotsenfunktion für die Vielzahl bestehender Förder-, Unterstützungs- und Beratungsleistungen anzubieten. Darüber hinaus erwarten die Unternehmen jedoch weitere bürokratische Leistungen und Erleichterungen, zu denen beispielsweise eine **zeitnahe Auszahlung der zugesagten Fördergelder** gehört, was insbesondere aufgrund der Inflation und Lieferengpässe an Bedeutung gewonnen hat, aber auch eine **Verkürzung der Genehmigungsverfahren**, zu Beispiel beim Anlagenbau.

Insbesondere beim Ausbau der Erneuerbaren Energien spielen kürzere Genehmigungsverfahren eine wichtige Rolle, da sich diese, zum Beispiel für den Bau von Windkraft- oder Geothermieanlagen, oftmals als Hindernisse für den weiteren Ausbau gezeigt haben. Zu den Ursachen zählen hier vor allem langwierige Raumordnungsverfahren und das Verbandsklagerecht. Aus Sicht der Unternehmen in Rheinland-Pfalz ist es daher begrüßenswert, dass sich die Bundesregierung im Frühjahr 2022 mit dem sogenannten „Osterpaket“ dazu entschlossen hat, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu verschlanken, den Grundsatz im EEG zu verankern, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient (und so bei Abwägungsentscheidungen zu bevorteilen) sowie Abstände zu Funknavigations- und Wetterradaranlagen zu verringern. Auf Seiten des Landes Rheinland-Pfalz soll parallel durch

die Änderung des Kapitels „Erneuerbare Energien“ im Landesentwicklungsprogramm (LEP IV) **weiterer Flächenzuwachs für die Erneuerbaren Energie** generiert werden, sodass Rheinland-Pfalz bereits jetzt zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie bereitstellen wird.

Im Bereich der Fahrzeugindustrie sind es vor allem Fragen zum Ausbau der Elektromobilität und des autonomen Fahrens, die aus Sicht der Unternehmen von der Politik vorrangig gelöst werden müssen. Dazu zählt unter anderem die **Klärung rechtlicher Fragen bei Batteriefahrzeugen**, zum Beispiel im Umgang mit Gefahrguttransporten oder defekten E-Motoren, der Rücknahmeverpflichtung von Batterien durch die Hersteller (Stichwort **Batteriezellrecycling**) oder die **Anpassung der Straßenverkehrsordnung für das autonome Fahren**, für das am 28. Juli 2021 durch das Gesetz zum autonomen Fahren der neue Rechtsrahmen in Kraft getreten ist.

Für die Chemie- und Pharmaindustrie ist vor allem die von der EU Kommission im Oktober 2020 vorgelegte **EU-Chemikalienstrategie** für Nachhaltigkeit ein mögliches Innovationshemmnis, die der Null-Schadstoff-Ambition aus dem EU Green Deal dienen soll. Unternehmen in Rheinland-Pfalz kritisieren, dass dadurch das gesamte Chemikalienrecht wesentlich gefahrenbasierter ausgerichtet werden soll und ein generelles Verbot bestimmter Stoffe ohne Risikobewertung droht. Generell fordern die Unternehmen die Politik dazu auf, den **Patentschutz als Innovationsmotor zu erhalten** und den **Schutz des geistigen Eigentums zu verteidigen**. Dies wird durch die neuesten Angaben des Deutschen Patent- und Markenamtes (DPMA) unterstützt, wonach Rheinland-Pfalz dem deutschlandweiten Trend trotzt und 2021 als einziges Bundesland mit einem Anstieg um 9,3 Prozent auf 854 Anmeldungen mehr Erfindungen als im Vorjahr eingereicht hat.

7. INFRASTRUKTUR

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation bringt Anforderungen mit sich, die mit den herkömmlichen Infrastrukturen, sei es im Verkehr, der Energieversorgung (siehe 4.1), aber auch der Telekommunikation nicht oder kaum mehr zu bewältigen sind. Insbesondere ein gut ausgebauter und kostengünstiger Öffentlicher Personennahverkehr hat für die Entwicklung einer Region und der Wirtschaft große Bedeutung. So schafft er eine bessere Erreichbarkeit von Unternehmensstandorten durch Mitarbeitende und Kunden und sorgt gleichzeitig dafür, dass Kapazitäten auf der Straße für notwendige Liefer- und Transportverkehre frei werden. Für die Unternehmen in Rheinland-Pfalz kommt daher dem **Ausbau des ÖPNV-Angebots, einem Nachfolge-Modell zum 9-Euro-Ticket** sowie der Schaffung **zusätzlicher Radwege** eine große Bedeutung zu. Ziel muss es sein, ein leistungsfähiges Gesamtsystem zu etablieren, das verschiedene Angebotsalternativen zur Pkw-Nutzung bereithält. Gleichzeitig muss der Ausbau der Elektromobilität weiter forciert werden, vor allem was den **Ausbau der Ladeinfrastruktur** betrifft, beispielsweise für LKWs oder auf Mitfahrerparkplätzen.

Neben dem Ausbau des ÖPNV kommt der **flächendeckenden Breitband- und Mobilfunkversorgung** eine große Rolle zu, da diese die wirtschaftliche Entwicklung von Regionen stimuliert, ortsunabhängiges Arbeiten ermöglicht und die digitale Teilhabe der Menschen am sozialen wie am wirtschaftlichen Leben steigert. Im Bereich der Wirtschaft sind schnelle Bandbreiten ein wichtiger Standortfaktor im Wettbewerb um Unternehmen und Arbeitsplätze. Es ist daher zu begrüßen, dass bereits jetzt 57,3 Prozent der Haushalte in Rheinland-Pfalz über Bandbreiten von mindestens 1 Gigabit pro Sekunde verfügen und ab Januar 2023 die zweite Stufe der Grauen-Flecken-Förderung startet, wodurch auch Haushalte und Unternehmen gefördert werden können, die bereits mit 100 Mbit/s im Download versorgt sind.

Infrastrukturfragen spielen für die rheinland-pfälzischen Unternehmen auch bei der Nutzung grünen Wasserstoffs eine große Rolle. Der Neubau von Wasserstoff-Pipelines und die Ertüchtigung des vorhandenen Gasnetzes zur (anteiligen) Durchleitung von Wasserstoff sind genauso Voraussetzung für die Nutzung dieser Technologie wie der Ausbau der Häfen. Insbesondere bei der Positionierung von Rheinland-Pfalz im „Startnetz H2“ und im Zusammenhang mit schnellen Genehmigungsverfahren kommen auf das Land große Aufgaben zu.

Die Elektrifizierung von Verkehr, Wärme und zahlreichen Industrieanlagen erfordert darüber hinaus auch eine entsprechende **Ertüchtigung der Stromnetze**.

8. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Viele Unternehmen in der überwiegend mittelständisch und von industrieller Produktion geprägten Unternehmenslandschaft in Rheinland-Pfalz haben ihre Produktionsprozesse, Wertschöpfungs- und Lieferketten bereits auf die veränderten Anforderungen angepasst. Damit die Transformation jedoch für alle zum Gewinn wird, gilt es insbesondere kleine und mittlere Unternehmen dabei zu unterstützen, die vielfältigen Chancen zur Sicherung ihrer Wertschöpfung und Beschäftigung zu nutzen. Psychologische Hürden gegenüber der Transformation müssen daher abgebaut werden, weshalb die im Frühjahr 2022 gestartete Transformationsagentur besonders begrüßenswert ist.

Gleichzeitig muss aus Sicht der Unternehmen der **Industrie- und Technologiestandort Rheinland-Pfalz stärker beworben** werden, um im Wettbewerb um Investoren, Fachkräfte und Fördermöglichkeiten weiter zu bestehen. Dazu gehört auch, das Bewusstsein für eine starke Industrie als Motor für Wohlstand und Beschäftigung immer wieder zu erneuern. Die Weiterentwicklung der Tourismus-Marke „Rheinland-Pfalz.GOLD“ zur Wirtschaftsstandortmarke ist daher ein gelungener erster Schritt, um das wirtschaftliche Innovationspotential von Rheinland-Pfalz, in Verbindung mit der innovativen Forschungslandschaft, weiter bekannt zu machen. Nun gilt es, der **Wirtschaftsstandortmarke zu größerer Reichweite zu verhelfen**, das Markenpartnerprogramm mit Leben zu füllen und national und international mehr Aufmerksamkeit für Rheinland-Pfalz zu erreichen.

KONKRETE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Auf der kurz- und mittelfristigen Agenda der SPD-Fraktion stehen daher:

- Die Verabschiedung der Wasserstoffstrategie des Landes Rheinland-Pfalz mit einem Schwerpunkt auf dem Ausbau der Gasnetz-Infrastruktur.
- Eine Neuauflage des „Digiboost“-Programms.
- Das Eintreten für Steuererleichterungen für Unternehmensinvestitionen in ihre digitale Infrastruktur und in IT-Sicherheit.
- Die Fortschreibung der Fachkräftestrategie der Landesregierung.
- Modelle für eine systematische Wechsel-Beratung in eine duale Berufsausbildung an Hochschulen.
- Die Schaffung innovativer Studiengänge, insbesondere an den beiden neuen rheinland-pfälzischen Universitäten Koblenz und RPTU.
- Das Eintreten für eine Anpassung des Arbeitsrechts hinsichtlich digitaler Mitbestimmungsmöglichkeiten.
- Klärung von Rechtsfragen im Bereich der Elektromobilität.
- Vernetzung und Aufbau eines Batteriezellrecyclings in Rheinland-Pfalz.
- Ausbau der Ladeinfrastruktur für elektrisch betriebene PKW und wasserstoffbetriebene Schwerlastfahrzeuge.
- Weiterer Ausbau der Wirtschaftsstandortkampagne „Rheinland-Pfalz.GOLD“.

AUSBLICK

Die Gespräche mit den Unternehmensleitungen und Betriebsräten haben gezeigt, dass Rheinland-Pfalz die mit der Transformation einhergehenden langfristigen Herausforderungen erkannt hat und innovative Technologien die Chance bieten, dass die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt. Unklar bleibt hingegen, welche kurz- und mittelfristigen Risiken mit dem Krieg Russlands in der Ukraine, den steigenden Energiekosten und der beschleunigten Inflation verbunden sind. Die SPD-Landtagsfraktion bekennt sich dabei zu dem Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz als Garant für Wertschöpfung und Beschäftigung und wird auch in Zukunft auf dem Weg der Transformation stets gesprächsbereiter Partner für die Unternehmen, Betriebsräte und Arbeitgeber im Land sein. Unser gemeinsames Ziel ist, dass Unternehmen und Beschäftigte in Rheinland-Pfalz zu Gewinnern der Transformation werden und das Veränderungsjahrzehnt zu einem Jahrzehnt der Chancen und Innovationen für Rheinland-Pfalz wird.